Von der Freiheit der Wahlen : US-"Wahlhilfe" und Niederlage der Sandinisten

Autor(en): **Flaig, Stefan**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **10 (1990)**

Heft 19

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652125

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Stefan Flaig

Von der Freiheit der Wahlen

US-"Wahlhilfe" und Niederlage der Sandinisten.

Nach dem überwältigenden Wahlsieg der Sandinisten bei den ersten freien Wahlen in der Geschichte Nicaraguas im November 1984 brachten die Wahlen vom 25.2.90 der FSLN eine schwere Niederlage. 55,2% der Wählerinnen und Wähler stimmten für das von den USA finanziell und propagandistisch unterstützte Oppositionsbündnis UNO; die Sandinisten erhielten 40,8% der Stimmen. "Dient Nicaraguas Weg", wie S. Samayoa der salvadorianischen FMLN erklärte (TA 6.4.90), nun "als Modell", zeigen diese "Wahlen", dass revolutionäre Bewegungen mit "der Demokratie" nicht "unvereinbar" sind? Derweil wird der Beschluss (11.5.90) von Staatspräsidentin Chamorro, das von den Sandinisten verabschiedete Gesetz über die Agrarreform aufzuheben, von den Sandinisten als antidemokratischer Angriff auf die Verfassung zurückgewiesen. Diskussionen über Wahleinschätzungen und über Folgen für die weitere Solidaritätsarbeit dort und hier sind im Gange. Die Red.*

Jubel ist ausgebrochen bei der Bush-Administration, ihren Verbündeten und den Regierungen in Lateinamerika. Was der jahrelange Contra-Krieg auf direktem Weg nicht zustande brachte, die Beseitigung des für die Vereinigten Staaten und die herrschenden Eliten Lateinamerikas so gefährlichen, revolutionären sandinistischen Projekts, haben die Wahlen geschafft. Welche Personen sich womöglich zukünftig in den Regierungssesseln breit machen werden, um das Rad der revolutionären Geschichte in ihrem Sinne zurückzudrehen, übersieht man geflissentlich in der weltweit entfachten Euphorie darüber, dass zum ersten Mal in der Geschichte eine revolutionäre Regierung bereit war, in "freien Wahlen" die Regierungsmacht abzugeben. Die USA zollen ihren verhassten Feinden, den Sandinisten, Lob und Anerkennung, wie frei und demokratisch doch die Wahlen verlaufen seien. Der Tenor der Stellungnahme seitens der sowjetischen Regierung unterscheidet sich diesbezüglich nur geringfügig. Und auch Ludger Volmer von den Grünen erliegt als Mitglied der bundesdeutschen Wahlbeobachtungsdelegation leider dem Irrtum, dass der Wahlsieg von Violeta Chamorro als Ergebnis der freiesten Wahlen, die es jemals in Lateinamerika gegeben habe, anzuerkennen sei (1).

Die seltsam anmutende Übereinstimmung zwischen oben genannten politischen Akteuren rührt wohl daher, dass mittlerweise auch reformsozialistische und linksalternative Kräfte das bürgerliche Demokratieverständnis verinnerlicht haben. Die herrschende Terminologie wird einfach übernommen, ohne zu reflektieren, innerhalb welcher internationalen und regionalen Machtkonstellation die Wahlen in Nicaragua haben stattfinden müssen, und ohne in Betracht zu ziehen, dass Wahlen gerade und vor allem in Ländern des Trikonts per se nicht frei sein können.

Was sich hinter diesem Demokratieverständnis verbirgt, welche Alternative die Sandinisten dem nicaraguanischen Volk eigentlich bieten wollten und in welcher Weise die USA darauf reagierten und so freie Wahlen unmöglich machten, obwohl alle Welt von solchen spricht, soll im folgenden skizziert werden.

Wahlen, allgemeine, gleiche und vor allen Dingen freie Wahlen, werden in den bürgerlich-liberalen Demokratien der kapitalistischen Staaten als der entscheidende Indikator für eine wahrhafte Demokratie angesehen. Einer der Väter dieses reduktionistischen Demokratiebegriffes, der Ökonom Josef A. Schumpeter, schrieb dazu, Demokratie meine lediglich, dass die Menschen das Recht hätten, diejenigen, die sie regieren zu akzeptieren oder abzulehnen (2). Demokratie aber bedeutet, da absolute Gleichheit und Freiheit utopische Ziele sind, vor allem die Maximierung von beiden. Voraussetzung einer solchen Maximierung ist aber eine entscheidungsrelevante Partizipation der Bevölkerung in allen Lebensbereichen. Hinsichtlich der von strukturellen Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnissen geprägten Ländern des Trikonts beinhaltet dies als absolut notwendige Voraussetzung genügend Nahrung, Zugang zu Gesundheitsversorgung, menschenwürdigen Wohnverhältnissen und zu fundamentaler Bildung.

Die FSLN machte bereits in ihrem historischen Programm deutlich, dass sich für sie Demokratie nicht allein auf politischem Gebiet abspielt und nicht auf die Teilnahme der Bevölkerung an alle vier Jahre stattfindenden Wahlen beschränkt. Demokratie ist für die FSLN die Partizipation des Volkes in allen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Sie beginnt auf ökonomischem Gebiet, wenn sich die sozialen Ungleichheiten abzuschwächen beginnen und der Lebensstandard der Arbeiter und Bauern steigt. Die Erklärungen der FSLN hatten, wie die ersten Jahre der Revolution bewiesen, nicht nur deklaratorischen Charakter: Die Versorgung mit Basisgütern im Ernährungsbereich konnte gewährleistet werden, die Alphabetisierungskampagne, die die Analphabetenquote von 55 auf 12% senkte, erhielt eine Auszeichnung der UNESCO, und die Gesundheitskampagnen und kostenlose Gesundheitsversorgung waren beispielhaft für die anderen Länder Lateinamerikas. Nicaragua war also auf dem besten Weg, physische und psychische Reproduktionsbedingungen zu schaffen, die es dem Volk ermöglichten, erste Schritte zu einer anderen als der westlichen, kapitalistischen Demokratie zu machen.

Aber ein Volk, das dem Ziel einer partizipatorischen Demokratie, der direkten Beteiligung auf ökonomischem und politischem Gebiet, näher kommt und stimulierend wirkt für alle anderen unterdrückten Völker, stellt natürlich eine Gefahr für die geostrategischen und Kapitalverwertungsinteressen der USA auf dem lateinamerikanischen Kontinent dar. Während die Carter-Regierung in den Jahren 1977 bis 1979 eine Neudefinition der US-Lateinamerikapolitik unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte versuchte, kehrte sein Amtsnachfolger Reagan zu den alten Interpretations- und Handlungsmustern der US-Lateinamerikapolitik zurück. Das Konzept der "Western Hemisphere" (der Begriff beinhaltet die realitätsferne Annah-

me, dass zwischen den USA und Lateinamerika eine prinzipielle Harmonie fortschrittlicher, demokratischer und wirtschaftlicher Grundwerte, Ziele, Interessen und Institutionen besteht) und ein schon fast pathologisch anmutender Monroeismus im Sinne einer Reideologisierung, d.h. der Ein- und Unterordnung aller Themen unter den globalen Ost-West-Konflikt, waren von Beginn an bestimmend für das aussenpolitische Agieren Reagans in Mittelamerika. Der autochthone Charakter der sandinistischen Regierung wurde mit der kommunistischen Agententheorie von Anfang an bestritten. Als Reagan am 6. Juni 1985 noch einmal deutlich wiederholte, dass "die nicaraguanischen Kommunisten nicht mehr und nicht weniger als Agenten des sowjetischen Expansionismus sind" (3), hatte seine zerstörerische Politik ein Überleben der nicaraguanischen Revolution ohne massive sowjetische Hilfe schon so gut wie unmöglich gemacht.

An dieser Stelle kann auf das differenzierte Instrumentarium der US-Regierung und ihrer aussenpolitischen Interessenwahrnehmung gegenüber Nicaragua nicht im Detail eingegangen werden. Aber es genügt auch, die Hauptelemente des Konzepts der "low intensity warfare" zu nennen (4), um zu demonstrieren, dass die wirtschaftliche und politische Schlinge um den Hals der Sandinisten immer enger gezogen wurde.

Auf wirtschaftlichem Gebiet suchte die Reagan-Administration anfangs ihr Heil in einem sofortigen Stopp der sogenannten Entwicklungshilfe und der internationalen Kreditpolitik. Sie konnte mittels ihrer Stimmenanteile von 19% im IWF, 21% in der Weltbank sowie 35% in der Interamerikanischen Entwicklungsbank und durch politischen und wirtschaftlichen Druck auf andere Mitgliedstaaten eine Boykottpolitik dieser internationalen und regionalen Finanzorganisationen durchsetzen. Seit 1980 gelang es den USA, Kredite des IWF an Nicaragua zu verhindern; die Weltbankkredite wurden beispielsweise von 52 Mio. US-Dollar 1980 auf 16 Mio. 1982 verringert, und zusammen mit Chile und Argentinien blockierten die USA Zahlungen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (5).

In der Handelspolitik reduzierten die USA praktisch über Nacht die Einfuhr nicaraguanischen Zuckers von 60'000 auf 6'000 Tonnen. 1982 brach die Standard Fruit Company ein Fünfjahresabkommen, was Nicaragua den Absatzmarkt für Bananen, eines seiner wichtigsten Exportprodukte, raubte. Den Höhepunkt des Wirtschaftskrieges erreichte man schliesslich 1985 mit der Verhängung der Wirtschaftsblockade, was immerhin 25% des nicaraguanischen Aussenhandelsvolumens betraf. (So gingen Nicaragua infolge des Handelsembargos innerhalb von zweieinhalb Jahren — bis Ende 1987 — Exporteinkünfte in Höhe von 325,4 Mio. US-Dollar verloren. Die durch das Handelsembargo entstandenen Verluste im Bruttoinlandprodukt werden auf 2 546 Mio. US-Dollar geschätzt.)

Zum Wirtschaftskrieg gesellte sich der seit 1981 mehr oder weniger heftig tobende Krieg der Contra-Söldner. Mit einer Gesamtunterstützung von 300 Mio. US-Dollar führte der Contra-Krieg zu mehr als 30'000 Toten und 500'000 Flüchtlingen. Taktik der Contra über die ganzen Jahre hinweg war es, strategisch wichtige Personen (Lehrer, Ärzte, Agrartechniker, Koopera-

tivenmitglieder und FSLN-Basiskader) zu ermorden. Der Krieg, der die Verteidigungsausgaben von 1980 bis 1988 von 20,4 auf 50% des staatlichen Haushaltes anwachsen liess, verursachte einen Schaden von über 13 Mrd. US-Dollar (6).

Auf der diplomatischen Ebene nahmen die USA nachdrücklich Einfluss auf die Friedensbemühungen in Zentralamerika. Die Contadora-Gruppe versuchte seit 1983 vergeblich, zu Ergebnissen zu gelangen. Hauptgrund für die Nichtunterzeichnung der Contadora-Akte war der Widerstand der USA gegen das Abkommen. Mit der Drohung, die Wirtschafts- und Militärhilfe zu kürzen, konnten die USA El Salvador und Honduras von einer Unterzeichnung des Dokuments abbringen. Der Druck der USA auf die restlichen zentralamerikanischen Länder hielt auch während des Esquipulas-Friedensprozesses an. Konnte der auf Grundlage des Arias-Planes begonnene Prozess zur offensichtlichen Überraschung der USA und in deren Unkenntnis im August 1987 initiiert werden, so hatte Washington bei den Folgetreffen wieder alles fest im Griff. Von Präsidentengipfel zu Präsidentengipfel musste die nicaraguanische Regierung mehr innen- und aussenpolitische Zugeständnisse machen, während der für sie zentrale Punkt, die Demobilisierung der Contra, bis zum heutigen Tag nicht erfüllt worden ist.

Ihre euopäischen Verbündeten versuchte die US-Regierung fortwährend für ihre Destabilisierungspolitik zu gewinnen. Am erfolgreichsten war sie in dieser Hinsicht sicherlich bei der Regierung Kohl (nebenbei: bereits zwei Tage nach dem Sieg des Oppositionsbündnisses UNO verkündete Bonn die Aufhebung des 1983 verfügten Entwicklungshilfestopps). Aber auch die anderen europäischen Länder zeigten sich "hilfsbereit". Beispiel ist die Intervention von US-Aussenminister Baker vor der von Schweden im Mai letzten Jahres einberufenen Geberkonferenz für Nicaragua. Die Aufforderung, Nicaragua vor den Wahlen keine Unterstützung zu gewähren, fiel auf fruchtbaren Boden. Von den erwarteten 250 Mio. Dollar bekamen die Sandinisten lediglich einen Bruchteil zugesagt (7).

Bei dem gesellschaftlichen Instrumentarium konzentrierte sich der Propagandakrieg der USA vor allem darauf, die innenpolitisch wichtige katholische Kirche und die Tageszeitung "La Prensa" der zukünftigen Präsidentin Violeta Chamorro zu finanzieren. Immer wieder wurde versucht, Konflikte zwischen Kirche und Regierung zu provozieren, die die öffentliche Meinung zuungunsten der Regierung manipulieren sollten, tatkräftig unterstützt von der sich zum Sprachrohr der Contra entwickelnden "La Prensa". Die von der CIA auf dem Territorium Costa Rica installierten Radiosender taten ein übriges.

Die Intervention der USA auf den verschiedensten Ebenen zog politische und wirtschaftliche Restriktionen für das nicaraguanische Volk nach sich, die eine grundbedürfnisorientierte, partizipatorische Entwicklungsstrategie unmöglich machten. Neben der Tatsache, dass die Verhängung des Staatsnotstandes im März 1982 (aufgehoben im Januar 1988) wenig gedeihlich für die Entwicklung einer demokratischen Kultur war, erlag die FSLN auch oft der Versuchung, dem Imperialismus für alle Probleme die Schuld zu geben.

Die Notwendigkeit, die innere Führung in der Kriegssituation zu konsolidieren, führte zu einer graduellen Schwächung der Volksorganisationen, die zu parastaatlichen oder Parteiorganisationen wurden (8).

Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich zunehmend. Steigende Arbeitslosigkeit, Hyperinflation und eine Preissteigerungsrate, die zu einem Reallohnverlust von 90% im Vergleich zu 1979 führte, demoralisierten die Bevölkerung. Hinzu kam 1988 eine Austeritätspolitik, die der Regierung den Ruf einbrachte, IWF-Politik ohne IWF zu machen. Insgesamt 50'000 staatlich Beschäftigte wurden entlassen, und es kam zu Streichungen im sozialen Bereich. Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Analphabetenquote wieder auf 22% angestiegen, da mehr und mehr Kinder und Erwachsene unter den Reproduktionsbedingungen dieser Überlebenswirtschaft gezwungen waren, sich mehr oder weniger ganz der Existenzsicherung zu widmen. Unterernährung und Säuglingssterblichkeit wurden wieder zu einem Thema in der nicaraguanischen Gesellschaft.

Kann man angesichts dieser Misere von einer freiheitlichen Situation sprechen? Die Freiheit der nicaraguanischen Gesellschaft als ein Teil der in strukturellen internationalen Gewaltverhältnissen lebenden Völker des Trikonts ist unter den gegebenen imperialen Machtverhältnissen per se eingeschränkt. Dieser Einschränkung mit der Entwicklung einer revolutionären Gesellschaft entgegenzutreten, hat eine machtpolitische Antwort der USA provoziert — eine Antwort, die dazu führte, dass weder Volk noch Regierung Nicaraguas ohne Zwang darüber entscheiden konnten, was sie tun oder lassen wollten.

Bei allen in der Region in letzter Zeit durchgeführten Wahlen siegten Parteien, die die jeweiligen politischen Systeme noch reaktionärer werden liessen. Die USA können in Zukunft mit noch treueren Verbündeten rechnen. Die Unterdrückung der revolutionären Volksorganisationen, eingebettet in angebliche Drogenbekämpfungsstrategien und soziale Befriedungsmassnahmen, wird zunehmen, um zu verhindern, dass die verelendeten Massen zu einer organisierten politischen Kraft werden können.

*Dieser Beitrag, der in ‚Blätter für deutsche und internationale Politik' 4/90 erschien, wurde von der Red. geringfügig gekürzt und um einige Hinweise ergänzt. Materialien zur laufenden Diskussion sind zu beziehen beim *Zentralamerika-Sekretariat,* Basler Str. 106, 8048 Zürich.

Besonders hinzuweisen ist auf:

Wilhelm Kempf (Hg.): Medienkrieg oder "Der Fall Nicaragua". Politisch-psychologische Analysen über US-Propaganda und psychologische Kriegsführung. Argument Hamburg 1990.

B. Höfer, H. Dieterich, K. Meyer (Hg.): Das Fünfhundertjährige Reich. Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1991. Medico International, Obermainanlage 7, Frankfurt/M. 1, 1990.

Anmerkungen

1) Vgl. Die Grünen im Bundestag: Pressemitteilung Nr. 198/1990 v. 27.2.90
2) J.A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München 1950, S. 285.
3) Vgl. 'Weekly Compilation', 21/1985, S. 755.
4) Vgl. E. Krippendorf: Die amerikanische Strategie. Frankfurt/M. 1970 S. 243. M.T. Klarre/ P. Kornbluh: Low Intensity Warfare, New York 1988. R. Thalmann: Low Intensity Con-

flict, in: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital, Widerspruch, Sonderband, Zürich 1989.

5) Vgl. E. Süssdorf: Die Aussenpolitik der USA gegenüber Mittelamerika. In: H. Nuhn (Hrsg.): Krisengebiet in Mittelamerika. Braunschweig 1985, S. 55.
6) Vgl. "El Pais", 1.11.1988.
7) Vgl. "Newsweek", 12.3.1990, S. 34.
8) Näheres hierzu am Beispiel der Stadtteilkomitees (CDS): S. Flaig: Die Stadtteilkomitees auf der Suche nach ihrer Basis in: "blätter des iz3w", 155 (1989), S. 36-39.

Ignacio Ellacuría SJ

Die Zivilisation der Armut

I.

Nach unserem Konzept* bedeutet Kultur die grundlegende Artikulation unserer Völker aus der Perspektive der Armen. Das Wort Kultur verstehen wir so, wie es im Begriff der "landwirtschaftlichen Kultur" vorhanden ist: im Sinne von "etwas kultivieren". So sprechen wir nicht so sehr von einer Volkskultur, sondern von einem Kultivieren des Volkes. Nur so kann die Kultur ihren Auftrag erfüllen, nämlich die Identität unserer Völker, die so sehr von aussen bedroht ist, aufzuspüren und zu festigen. Nur so kann die Kultur ihren Auftrag erfüllen, zur Befreiung beizutragen: indem sie selber in ihrer Kreativität frei wird und dadurch die Menschen befreit. Nur so kann die Kultur umfassend sein und dazu beitragen, dass die Menschen und Völker in ihrem menschlichen Sein wachsen.

II.

Das ist in Mittelamerika und in der Karibik notwendig, möglich und dringlich. Diese Region der Welt ist heute zu einer Grenze der Welt geworden. Ein Grossteil der Wahrheit und der Lüge in der Welt enthüllt sich an dieser Grenze. Es ist eine Krisenregion, und diese Krise wird vertieft und verstärkt durch eine übermächtige ungerechte Weltwirtschaftsordnung. Sie wird vertieft nicht nur durch die herrschenden Klassen, sondern auch durch unterschiedlichste Formen der militärischen Aggression, die uns von einem Staatsterrorismus sprechen lassen. Gerade diese Aggression übt die Reagan-Administration Nicaragua, Salvador, Panama und Honduras gegenüber aus. Doch es handelt sich nicht um tote oder passive Arme. Es handelt sich in unserem Fall um "Arme, die reich an Geist" sind, die eine Front kulturellen Lebens darstellen. Aber nicht nur das, sondern auch eine Front subversiven, revolutionären, befreienden Lebens. So befinden wir uns jetzt inmitten einer Realität, die dieses Leben einklagt und verkündigt, inmitten eines gekreuzigten Volkes, das sein Leben gibt, damit die anderen leben. So befinden wir uns im Angesicht eines neuen "siervo de yahvé", eines neuen Gottesknechts, der die Menschen retten und befreien kann.